



Antrag auf Einführung eines Video-Konferenzsystems für gemeindliche Einrichtungen und Gremien

Die Fraktionen der BFB, Bündnis90/Die Grünen und CDU beantragen :

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Volumenlizenz für ein onlinebasiertes Videokonferenzsystem einzukaufen und für jede Fraktion einen gesicherten Gruppen-Bereich einzurichten und bereitzustellen.

Begründung :

Im Zuge der COVID-19-Krise und der dadurch bedingten geänderten Arbeitsweise des größten Teils der Bevölkerung werden sich auch die gemeindlichen Einrichtungen und Gremien mit dem Thema Homeoffice und der Frage, wie man sich untereinander austauscht, kurzfristig beschäftigen müssen und haben dies zum Teil auch schon getan.

Die unterzeichnenden Fraktionen gehen davon aus, dass zumindest kurzfristig die Rückkehr zur gewohnten Arbeitsweise – dem Face-to-Face-Gespräch – nicht ohne weiteres möglich sein wird. Dies hat im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung erhebliche Auswirkungen.

Die Arbeit der Verwaltung und auch der Fraktionen ist derzeit nur eingeschränkt möglich. Schon jetzt arbeiten einzelne Fraktionen mit Videokonferenzsystemen auf eigene Kosten.

Sitzungen der Ausschüsse und der Gemeindevertretung sind zwar nach der Allgemeinverfügung des Kreises Segeberg vom 23.03.2020 grundsätzlich möglich, unterliegen aber erheblichen Einschränkungen.

Es ist auch davon auszugehen, dass einzelne Gemeindevertreter und bürgerliche Mitglieder aus persönlichen oder gesundheitlichen Gründen nicht an Sitzungen teilnehmen werden.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns dafür aus, für alle Einrichtungen der Gemeinde und alle Gliederungen der kommunalen Selbstverwaltung ein einheitliches Video-Konferenzsystem einzurichten, das erforderlichenfalls über die Server der Gemeinde gehostet wird. Dieses System soll dem Informationsaustausch zwischen Politik und Verwaltung dienen und auch innerhalb der Verwaltung eingesetzt werden können.

Politik muss auch in diesen Zeiten handlungsfähig und aktiv bleiben und Entscheidungen treffen können. Daher sind unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften auch diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu prüfen und zu nutzen.

Sitzungen und Besprechungen wie

- Ältestenrat
- Gespräch Bürgermeister / Fraktionsvorsitzende
- nicht öffentliche Sitzungsteile
- nicht öffentlich tagende Arbeitskreise zur Vorbereitung von Entscheidungen der Gremien
- Klärung zu Fragen im Zusammenhang mit Eilentscheidungen

können dann zukünftig auch als Videokonferenz durchgeführt werden.
Dies würde nicht gegen das Gebot der Öffentlichkeit verstoßen.

Wir gehen davon aus, dass Hardware-Anschaffungen in nennenswertem Umfang nicht notwendig sein sollten, da die gängigen Konferenzsysteme auf allen vorhandenen Plattformen laufen, also PC, Mac, iOS und Android.

Da wir ein solches System schnell an den Start bringen müssen, damit es in der aktuellen Situation noch Wirkung zeigt, bitten wir die Verwaltung schon jetzt, im Sinne des Antrags tätig zu werden.

Henstedt-Ulzburg, den 04.04.2020

Fraktion BFB Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Fraktion CDU Henstedt-Ulzburg

Jens Iversen Kurt Götttsch

Dr. Dietmar Kahle